

NEUE TECHNOLOGIE NICHT AUF KOSTEN DER BELEGSCHAFT -  
KAMPF BEI DEN BREMER TAGESZEITUNGEN

Vor fünf Jahren beschloß die Geschäftsleitung der Bremer Tageszeitung AG (BRETAG) die Umstellung ihrer Produktion vom Bleisatz auf das Rechnergesteuerte Textsystem (RTS). Die Zeitungen Weser Kurier, Bremer Nachrichten und die Regionalausgaben sollten nicht mehr im traditionellen Bleisatzverfahren erstellt werden. Das erforderte die Umschulung der technischen Mitarbeiter. Darüber schlossen Betriebsrat und Geschäftsleitung eine Betriebsvereinbarung ab. Diese 1980 abgeschlossene Betriebsvereinbarung wurde im ganzen Bundesgebiet als vorbildlich gelobt. Sie enthält folgende Kernpunkte:

- Die Satzherstellung im Rechnergesteuerten Textsystem (RTS) bleibt von Redaktion und kaufmännischem Bereich strikt getrennt. Texterfassung durch Redakteure und kaufmännische Angestellte wird generell ausgeschlossen.
- Es werden Misch- und Mehrstellenarbeitsplätze eingerichtet, die Arbeit an Bildschirmen wird auf 4 Stunden pro Schicht begrenzt.
- Den vom RTS betroffenen Kollegen wird der volle Besitzstand garantiert, ältere Kollegen behalten ihre Arbeitsplätze im Bleisatz.

Vor Dequalifikation und Abgruppierungen schützen weitere Bestimmungen. Diese arbeitsplatzsichernde Vereinbarung mit einer Laufzeit von 5 Jahren konnte bis heute verhindern, daß in den Redaktions- und Anzeigenbüros Texte erfaßt und unter Umgehung der Technik direkt in den Zentralrechner eingegeben werden. Die Geschäftsleitung akzeptierte diese Vereinbarung und der Geschäftsführer Ordemann kommentierte sie sogar damals: "Redakteure am Bildschirm wird es in diesem Hause nie geben."

Heute will er davon nichts mehr wissen. Diese Vereinbarung sollte "den Mitarbeitern Ängste nehmen", erläuterte er jüngst dem Betriebsrat den damaligen Abschluß. In Wirklichkeit wollte die Geschäftsleitung doch nur die Umstellung vom Blei- auf den Fotosatz konfliktfrei über die Bühne bringen, hört man von der Belegschaft. Und weiter: Jetzt, wo der Umgang mit der neuen Technik für uns zur Gewohnheit geworden ist, möchte Ordemann die Rationalisierungsernte endlich einfahren.

Was sich Ordemann erwartet, wenn die RTS-Betriebsvereinbarung zum Jahresende ausläuft, gab er dem Betriebsrat schon im Juli dieses Jahres schriftlich:

Verlagerung der Texterfassung aus der Technik in die Redaktionen  
Verlagerung der Texterfassung aus der Technik in die Anzeigenabtlg.

Mündlich fügte er hinzu, daß er die Erfassung in der telefonischen Anzeigenaufnahme schlechter bezahlen wolle als entsprechende Arbeit in der Technik.

Weiter möchte er die Misch- und Mehrstellenarbeitsplätze praktisch abschaffen, die 4-Stunden-Begrenzung für Bildschirmarbeit aufheben und das Korrekturlesen am Bildschirm in den Redaktionsbüros einführen.

All das, so beschwichtigt Ordemann immer wieder, werde keineswegs der Personal- und Kosteneinsparung dienen. Vielmehr brauche er die Neue Technik dafür, um Verlegeraktivitäten auszuweiten, die Berichterstattung durch spätere Redaktionsschlußzeiten attraktiver zu machen, "so daß für alle Beschäftigten genügend Arbeit

vorhanden ist."

Das ist offensichtlich nicht die Wahrheit. Denn der Vorschlag des Betriebsrates, Setzer in den Außenredaktionen an den Bildschirmen arbeiten zu lassen, fand Herr Ordemann "nicht konstruktiv". Auch eine neu abzuschließende Vereinbarung solle nur eine Laufzeit von zwei Jahren haben, befand die Geschäftsleitung.

Aus diesen Äußerungen der Geschäftsleitung zog die Belegschaft die logische Schlußfolgerung: Zwei bis drei Jahre werden wir mit unseren Fachkenntnissen noch gebraucht, um standardisierte Software störungsfrei in das System einzufahren und dann kriegen wir den berühmten Tritt in den Hintern.

Die Belegschaft reagierte: Am 12. November gab es viele Diskussionen, Informations- und Abteilungsversammlungen, so daß am Mittwoch, 13. November weder Weser Kurier noch Bremer Nachrichten erschienen. Am Donnerstag, 14. November kamen nur die Hauptausgaben heraus. Sechs Regionalausgaben erschienen nicht. Als am Freitag wieder keine Zeitung erschien, beantragte Ordemann beim Betriebsrat offiziell die Entlassung von 137 Kollegen der Spätschicht aus Satz- und Reprobereich. Auch Regreßansprüche der Verleges wurden der Belegschaft schriftlich mitgeteilt. Aber auch das half nicht. Der Sonnabend, 16. November wurde dritter zeitungsfreier Tag in Bremen. Die Belegschaft bekam den Unmut der Bremer Zeitungsleser zu spüren, die durch verlegerfreundliche Berichterstattung von Radio Bremen nicht erkennen konnte, was sich tatsächlich bei der BRETAG abspielte. Unter diesem Druck stimmte der Betriebsrat am 18. November der Einigungsstelle zu.

Der Vorsitzende der Einigungsstelle forderte die Rücknahme der beantragten fristlosen Kündigungen und die Belegschaft verweigerte unter der Kündigungsdrohung jegliche Überstunden. Die Folgen: Leitende Angestellte mußten die Zeitungsseiten montieren und am 19. November erschienen Weser Kurier und Bremer Nachrichten mit der gleichen Titelseite.

Am 21. November wurden die Kündigungen zurückgenommen. Vorher aber war sich die Belegschaft einig: "Wenn hier nur einer rausfliegt, dann steht der Laden, und zwar so lange, bis er wieder drin ist."

Dieser Zusammenhalt der technischen Belegschaft versetzt Außenstehende immer wieder in Erstaunen. Dabei ist die Sache doch gar nicht verwunderlich. Jede Kollegin und jeder Kollege weiß, daß sie als Einzelpersonen den Machenschaften der Geschäftsleitung hilflos ausgeliefert sind. Zusammenhalt in schwierigen Situationen und gemeinsames Vorgehen gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze ist für die technische Belegschaft praktizierte Solidarität. Jeder weiß, wie wichtig der Arbeitsplatz für die Sicherung der Existenz ist. Und man kann ihn nur gemeinsam verteidigen. Da helfen auch die raffinierten Spaltungsversuche der Geschäftsleitung nichts. Man läßt sich da nicht beirren, gemeinsam zu einer Sache zu stehen. Gemeinsam sind wir stark, sagt man, allein bist du Spielball der Geschäftsleitung.

Auch in den Redaktionen wir zur Zeit immer deutlicher, welche Rolle die Geschäftsleitung den Redakteuren zugedacht hat bei diesem Rationalisierungsprozeß. Zunehmend wehren sich die Redakteure gegen die Dequalifizierung ihrer Arbeit.

Bremen, 4. Dezember 1985

ARPO 6/85